

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Erwin Huber

Abg. Thorsten Glauber

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Bernhard Roos

Abg. Markus Ganserer

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Dr. Martin Runge

Staatsministerin Ilse Aigner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Förderprogramm Mobilfunk in Bayern (Drs. 17/20308)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mobilfunkausbau nicht auf die Kommunen abwälzen (Drs. 17/20330)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Huber, und zwar Herr Kollege Erwin Huber. Es gibt schließlich noch mehr Huber.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Aber ich bin einmalig.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir greifen mit dieser Initiative ein Thema auf, das sehr viele Bürger im Lande bewegt, viele Bürger auch ärgert. Es ist sehr dringlich. An die Adresse der Opposition sage ich: Es ist typisch für die CSU-Fraktion: Wir handeln, wir entscheiden, und wir bringen etwas voran.

(Margit Wild (SPD): Das ist ein Irrglaube! – Markus Rinderspacher (SPD): Da seid ihr fleißig!)

Meine Damen und Herren, es geht um den Mobilfunk. Er ist eine der ganz faszinierenden technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Man muss sich vor Augen halten: Es hat etwa 50 Jahre gedauert, bis im Lande bei der Telefonie die Festnetzversorgung vorhanden war. Die Entwicklung von mobiler Kommunikation aber hat erst vor etwa 25 Jahren begonnen. Vor 20 Jahren gab es zehn Millionen Handyverträge in Deutschland. Ende des Jahres 2017 gab es in Deutschland 136 Millionen Mobilfunkverträge. Wenn man Kleinkinder und Säuglinge wegnimmt, dann folgt daraus: Auf

jeden Einzelnen entfallen 1,5 Handys. Die Entwicklung wird aber noch weitergehen. So weit, so sehr gut.

Die Versorgung ist aber leider nicht flächendeckend gegeben. Es gibt vielmehr weiße Flecken, und diese sind ärgerlich, zumal dann, wenn man beispielsweise im Auto, im Zug oder auch im Bus unterwegs ist. Dann reißen die Verbindungen immer wieder ab. Der Grund dafür ist, dass bei der Auktion dieser Funkfrequenzen seinerzeit die Auflage war, 98 % der Haushalte in Deutschland und 97 % der Haushalte in den Bundesländern zu erreichen. Vor ein paar Jahren kam noch dazu, dass die Autobahnen und die ICE-Strecken abgedeckt werden.

Wenn man davon ausgeht, dass in den meisten Städten eine flächendeckende Versorgung gegeben ist, dann bleiben weiße Flecken, und sie finden sich in besonderer Weise im ländlichen Raum. Das ist ein Nachteil für den ländlichen Raum, den wir beheben wollen. Die Staatsregierung und insbesondere Frau Staatsministerin Aigner sind mit diesem Ziel seit längerer Zeit tätig, beispielsweise bei entsprechenden Aktionen in Berlin. Sehr wirksam war, dass die drei Mobilfunkbetreiber in Deutschland gedrängt wurden, auf freiwilliger Basis über die Verpflichtung hinaus weitere Sendeanlagen einzurichten. Vor Kurzem hat die Deutsche Telekom verkündet, dass sie bis zum Jahr 2020 1.100 Antennen und Sendeanlagen allein in Bayern zusätzlich errichten wird. Das wird die Versorgung verbessern. Im Namen der CSU-Fraktion möchte ich der Wirtschaftsministerin für diesen Einsatz herzlich und aufrichtig danken.

(Beifall bei der CSU)

Auch die anderen beiden Mobilfunkbetreiber haben, wenn auch nicht so exakt festgelegt, aber jedenfalls Planungen in der gleichen Richtung zugesagt. Außerdem hat der Freistaat Bayern die Bereitschaft erklärt, die Antennen im Bereich des digitalen Funks von Polizei und Katastrophenschutz – das sind in Bayern 460 – ebenfalls dafür zur Verfügung zu stellen. Das wird eine weitere Hilfe sein. Trotzdem bleiben weiße Flecken, die ein Nachteil sind. Die Staatsregierung hat deshalb vor Kurzem beschlossen,

ein Mobilfunkprogramm auf den Weg zu bringen. Ich möchte für unsere Fraktion erklären, dass wir diese Initiative begrüßen. Wir unterstützen die finanzielle Planung der Staatsregierung, dafür aus dem Masterplan BAYERN DIGITAL II 80 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen dieses Vorhaben mit unserer Mehrheit im Bayerischen Landtag. Das ist einmalig in Europa. Es gibt keine andere Region, keinen anderen Staat, keinen anderen Teilbereich in Europa, der bereit ist, eigenes Geld in die Hand zu nehmen. Der Freistaat Bayern macht das. Wir werden das politisch tragen. Ich finde, das ist ein Zeichen aus Bayern für ganz Europa. Auch dafür möchte ich im Namen der CSU-Fraktion unsere Unterstützung bekunden.

(Beifall bei der CSU)

Dann bleibt eigentlich die Frage, wer das angeht und wer das organisiert. Da besteht möglicherweise ein Unterschied zwischen uns und den Oppositionsfraktionen. Wir haben gesagt: Wir wollen ein möglichst rasches und effizientes Vorgehen, und wir bieten den Kommunen Zusammenarbeit an, wie es in ähnlicher Form auch beim Breitbandprogramm erfolgt. Wir bieten also an, dass die Kommunen, wenn sie Masten errichten, dafür 80 % Zuschuss bekommen. Nun wird vonseiten der Opposition eingewandt, 80 % sind nicht 100 %. Diese grundsätzliche Rechnung stimmt zwar; dabei übersieht man aber, dass diese Masten, wenn sie errichtet werden, den Mobilfunkbetreibern zur Verfügung stehen und dass dafür Mieten und Pachten bezahlt werden. Der Rest, also diese 20 %, wird aus Mieten und Pachten finanziert werden können, sodass man präterpropter, wie der Niederbayer sagt, mehr oder weniger plus/minus null herauskommt. Wir wollen – das erkläre ich ausdrücklich, und die Staatsregierung bestätigt das – damit keine neue finanzielle Last für die Kommunen verursachen, sondern mit diesem Modell ist auch die Finanzierung gesichert.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, die Bedürfnisse vor Ort kennt die Kommune, kennt die Gemeinde besser als eine staatliche Behörde. Außerdem sehen wir durchaus – ohne Rechtsverpflichtung, wir werden den Kommunen weder gesetzlich noch in sonstiger Art eine Rechtsverpflichtung aufbürden – eine kommunale

Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn für die Unternehmen im jeweiligen Gemeindegebiet eine bessere Mobilfunkanbindung von Vorteil ist, dann ist das auch ein kommunalpolitisch positiv zu bewertendes Zeichen. So gesehen ist ein Engagement der Kommunen, der Bürgermeister, der Gemeinderäte in diesem Bereich sinnvoll und vorteilhaft für die jeweilige Gemeinde.

Nun wird gesagt, das könne der Staat mit seiner staatlichen Bauverwaltung machen. Ich möchte die zwei Wege kurz gegenüberstellen. Wenn es der Staat macht, entscheidet der Staat oder die staatliche Behörde auch über den Standort. Die Gemeinde hat nach dem Baurecht eigentlich keine Zustimmungsverpflichtung. Das ist eine privilegierte Baumaßnahme nach § 35 des Baugesetzbuches. Das heißt, wenn die Gemeinde auch entscheiden will, wo der Standort solcher Sendeeinrichtungen ist, dann ist es am besten, wenn sie das selber in die Hand nimmt. Dann ist sie Bauherr dieser Masten und entscheidet, wo diese Masten stehen. Das ist auch einem Bürgerentscheid zugänglich, meine Damen und Herren. Das heißt also: In der Tat kann man vor Ort entscheiden, wo solche Sendeeinrichtungen entstehen. Ich sage noch dazu: Wer das nicht will, der muss es nicht machen. Er muss dann aber weiter mit den Lücken im Mobilfunknetz leben.

Ich bedaure es sehr, dass der Bayerische Gemeindetag, wie ich meine, etwas voreilig und noch bevor das Programm vorgelegen hat, schon Ablehnung signalisiert hat, er wolle keine neue Aufgabe übernehmen. Ich sage ausdrücklich: Es ist eine freiwillige Aufgabe ohne finanzielle Belastung. Die Mobilfunkbetreiber werden die technischen Vorkehrungen, Planungen, Standortsuchen und dergleichen unterstützen. Wenn der Gemeindetag bei der Ablehnung bleibt, werden wir uns nicht aufhalten lassen, dieses Programm in Gang zu setzen. Ich bin der Meinung: Die Bürgermeister und die Gemeinden, die dann die Initiative ergreifen und freiwillig mitmachen, die sind dabei; wer das Angebot nicht annimmt, der ist nicht dabei.

Jetzt sage ich etwas vereinfacht in einem Bild: Wenn eine Dame in einem fremden Ort ist und eine frequentierte Straße überqueren will, dann frage ich auch nicht zuerst ein-

mal beim VdK nach, ob ich der Dame helfen soll, sondern als niederbayerischer Kavalier nehme ich die Dame bei der Hand und führe sie über die Straße,

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Oder umgekehrt, Herr Huber!)

und zwar sicher und erfolgreich. Sie wird sich dafür bedanken und nicht erst sagen: Du musst zuerst irgendwo anrufen.

Zupacken, handeln, entscheiden und etwas voranbringen, das ist das Gebot der Stunde. Deshalb bitte ich alle Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen, weil er die Weichen richtig stellt, weil er die Kommunen bittet, in einer Partnerschaft mit dem Staat ohne finanzielle Belastung mit ins Boot zu gehen. Heute muss der parlamentarische Startschuss für dieses Programm gegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Huber. – Der nächste Redner ist der Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Frau Staatsministerin, Herr Staatssekretär, Kolleginnen und Kollegen! Herr Huber, kraftvolle CSU-Politik sah einmal anders aus. Sie sagen hier, man habe ein tolles Programm geschaffen. Sie haben zwar lange geredet, aber den Wesenskern haben Sie überhaupt nicht berührt. Sie sagen, die Gemeinden würden sich in Zukunft darüber freuen, Mobilfunkmasten zu betreiben. Den Bürgermeister und den Gemeinderat müssen Sie mir erst einmal zeigen, der sich darüber freut, einen Mobilfunkmasten betreiben zu müssen. Weiße Flecken bleiben weiße Flecken. Da brauchen Sie nicht Gemeinden und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einzusetzen, um diese weißen Flecken zu beseitigen. In der CSU-Fraktion saßen und sitzen noch heute viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Von Ihren Abgeordneten sitzen anscheinend nicht mehr viele in einem Kommunalparlament.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Also bitte!)

– Schauen Sie doch nach Oberfranken, zählen Sie einmal die oberfränkischen Kollegen, die noch in einem Kommunalparlament sitzen! Dann werden wir sehen, ob Sie dann immer noch der Meinung sind, dass eine kleine Gemeinde – wir sprechen von den kleinen Gemeinden in Bayern, die oft eine Verwaltung mit drei oder vier Mitarbeitern haben – den Mobilfunkmast bauen soll. Sie haben es eingangs angesprochen: Der Bund wäre dafür zuständig gewesen. Bei der Versteigerung der Netzfrequenzen war unser Petitum immer – auch beim Ausbau des Breitbands haben wir Ihnen das schon vorgehalten –: Wenn Sie das Breitband in Deutschland und Bayern ausbauen, kombinieren Sie lukrative Gebiete mit nichtlukrativen. Dieses Modell wäre immer möglich gewesen. Beim Ausbau der Mobilfunkmasten hätten Sie nur dafür sorgen müssen, dass diejenigen, die in Nürnberg, Würzburg oder München einen Mobilfunkmast errichten wollen, auch einen Mast in einem unterversorgten Gebiet bauen müssen. Das wäre betriebswirtschaftlich sinnvoll gewesen. Wir hätten so das Geld der kleinen Gemeinden nicht anfassen müssen. Wir sprechen von 50.000 bis 60.000 Euro. Ein Mast für 300.000 Euro ist ein Schnäppchen. Wenn eine Gemeinde 60.000 Euro für einen Mast zahlen muss, der in der Stadt aber nichts kostet, muss ich fragen: Wo ist denn das ein lukratives Modell? Das müssen Sie mir einmal erklären. Heute Morgen in der Aktuellen Stunde zur Straßenausbaubeitragssatzung waren Sie noch die Fürsprecher der Gemeinden. Inwiefern sind Sie denn hier die Fürsprecher der Gemeinden? Sie lasten den Gemeinden Aufgaben auf, die diese nicht leisten müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Bleiben wir beim Thema der Versorgung. Wie wollen Sie denn gemeindescharf feststellen, wie ein Mast strahlen soll? Wie soll die Gemeinde das denn letztendlich lösen? Strahlt ein Mobilfunkmast nur noch auf eine Gemeinde? Wen bringen Sie denn dann ins Boot? Sie hätten zumindest ganze Gemeindegebiete ansprechen müssen, aber doch nicht einzelne Gemeinden, die einen Mast errichten.

Das Nächste: Soll der laufende Betrieb tatsächlich von einem kleinen Gemeinderat mit seiner kleinen Verwaltung gestemmt werden? – Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Wenn Sie kraftvolle Politik machen wollen, Kolleginnen und Kollegen, dann seien Sie selbstbewusst. Im Doppelhaushalt sind zweimal 40 Millionen Euro genau für dieses Thema eingestellt. Lösen Sie im Wirtschaftsministerium und in der Staatsregierung diese Aufgaben, wenn Ihnen die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Bayern wirklich ein Anliegen ist. Setzen Sie sich für diese Gleichwertigkeit ein, und übernehmen Sie diese Aufgabe zu 100 %; denn die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum haben es mehr als verdient, dass sie genauso versorgt werden wie die in städtischen Gebieten, das heißt, zum Nulltarif. Wo sonst die Gleichwertigkeit bleibt, müssen Sie uns noch erklären.

Es wäre sinnvoll und wichtig gewesen, wenn die Große Koalition über den Bundesrat mit den Telekommunikationsbetreibern – wir haben drei, nämlich O₂, Vodafone und Telekom – ein nationales Roaming erreicht hätte. Mit einem nationalen Roaming würden wir deutlich weiterkommen; denn die Masten stehen in der Fläche. Wenn die Betreiber den ländlichen Raum versorgen wollen, hätte man über ein nationales Roaming deutlich mehr erreichen können, und wir wären schneller vorangekommen. Es wäre auch betriebswirtschaftlich deutlich günstiger gewesen. Sowohl auf Bundesebene als auch auf bayerischer Ebene hätte die Aufgabe darin bestanden, dort alle Anstrengungen zu investieren.

Deshalb bitte ich alle Abgeordneten in diesem Parlament: Wenn Sie Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen wollen und wenn Sie es ernst damit meinen, dass die Gemeinden im ländlichen Raum nicht weiter belastet werden, stimmen Sie keinesfalls dem CSU-Antrag zu; denn er ist nicht zu vertreten. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Es handelt sich um eine Aufgabe der Staatsregierung. Man weiß aus der BOS-Diskussion, dass man sich davor scheut, eine Diskussion über den Mobilfunkmast zu führen. Deshalb sollen die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auch noch diese Aufgabe übernehmen. Wenn der Freistaat einen flächendeckenden Mobilfunk will, dann soll er

auch sein Gesicht zeigen und die Masten draußen vertreten, statt die Aufgabe den Gemeinden zu übertragen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege Glauber. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Glauber, ich glaube, Sie haben vorher Erwin Huber nicht zugehört.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Doch!

Klaus Holetschek (CSU): Sonst hätten Sie nicht so argumentiert, als würden wir die Kommunen in irgendeiner Weise belasten. Als ehemaliger Bürgermeister einer Kommune sage ich Ihnen, dass dieses Programm genau dort hingehört. Dort, wo die Bürgerinnen und Bürger sind und wo ein Stadtrat das Problem sieht und entscheiden kann, wird es auch sachgerecht gelöst, ohne die Kommune zu benachteiligen. Ich glaube, genau das ist die Lösung, die die Ministerin anstrebt und die wir jetzt auf den Weg bringen. Wenn Sie populistisch die Straßenausbaufinanzierung verkünden, sollten Sie so viel Mut haben zu sagen: ein gutes Programm, wir stimmen ihm zu.

Ganz kurz noch eine zweite Bemerkung zum national Roaming. Das würde den Wettbewerb in diesem Bereich total aushebeln. Erklären Sie mir doch einmal, wie das funktionieren soll, ohne dass der Wettbewerb in der Zukunft beeinträchtigt wird. Dann geht nämlich der Netzausbau zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich fange bei Ihrer letzten Frage zum national Roaming an. Natürlich müssen dann Ausgleichs zwischen den einzelnen Netzbetreibern geschaffen werden. Das würde man hinkommen.

(Sandro Kirchner (CSU): Wie?)

Das hat man auf europäischer Ebene hinbekommen.

(Sandro Kirchner (CSU): Aussagen!)

Das hat man auf europäischer Ebene hinbekommen, und Sie sprechen davon, dass man das unter den Betreibern nicht ausgleichen kann. Natürlich kann man es ausgleichen. Es kommt darauf an, ob man es will oder nicht. Letztendlich wollen Sie dafür Staats- oder Bürgergeld nehmen.

(Sandro Kirchner (CSU): Aufzeigen, wie es geht!)

Ich habe Ihnen erklärt, dass Sie beim Ausschreiben auf Bundesebene viel geschickter hätten vorgehen sollen.

(Sandro Kirchner (CSU): Dummes Gerede!)

Wenn Sie diese geschickte Lösung nicht anwenden wollen, ist das Ihre Schuld, und dafür müssen Sie nicht uns verantwortlich machen.

Sie haben als Zweites davon gesprochen, dass das ein kraftvolles Modell für die Gemeinden ist. Was ist denn daran kraftvoll? Wollen Sie denn, dass Gemeinden mit 2.000 Einwohnern 60.000 Euro für einen Mobilfunkmast bezahlen müssen?

(Zuruf von der CSU)

– Wieso sagen Sie, dass das nicht stimmt?

(Zurufe von der CSU)

– Passen Sie auf! Ich muss Ihnen das Rechenmodell vormachen: 300.000 Euro kostet der Mast. Was sind dann 20 % von 300.000 Euro? – Das sind 60.000 Euro. Wer bezahlt diese 60.000 Euro? – Natürlich die Gemeinde.

(Widerspruch bei der CSU)

– Sie haben geschrieben, Sie bezahlen 80 %, und die Gemeinde soll 20 % zahlen. Das sind 60.000 Euro.

(Widerspruch bei der CSU – Sandro Kirchner (CSU): Ahnungslos!)

– Das steht in Ihrem Antrag. In Ihrem Antrag steht: 80 %. Andernfalls schreiben Sie andere Anträge! Dazu kommt, dass die Gemeinde den Mast bauen, betreiben und vermieten soll. Sie müssen Anträge schreiben, die klug sind. Dieser ist es nicht. Er benachteiligt Gemeinden und fördert sie nicht. Kollege Holetschek, Sie waren Bürgermeister und vertreten jetzt so etwas. Sprechen Sie einmal mit dem Gemeindetag! Man wird Ihnen etwas anderes erklären. Es ist eigentlich traurig, dass ein Bürgermeister hier so etwas vertritt.

(Klaus Holetschek (CSU): So ein Schmarrn!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Roos.

Bernhard Roos (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie es die Art von uns Sozialdemokraten ist, nehmen wir sowohl die regierende Fraktion als auch die opponierenden Fraktionen – wie hat es geheißen? – fürsorglich an die Hand.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Frau Staatsministerin und lieber Erwin Huber, das machen wir. Bevor aber die Fürsorge so richtig Platz greift, möchte ich auf das Jahr 1981 verweisen; das ist schon einige Zeit her. Da hat das Kabinett Helmut Schmidt, SPD, beschlossen: bis 2015 Glasfaser in jede Kommune und jedes Haus. Leider haben das der Kanzler Kohl und die Union insgesamt vergessen.

Ich weiß natürlich, lieber Erwin Huber, dass das ein Breitbandthema und nicht ein Mobilfunkthema ist. Aber der Grundsatz, dass das Daseinsvorsorge wäre, sollte überall

gelten. Wir hätten wahnsinnig viel Zeit gespart – seit 2008 diskutieren wir hier im Haus –, wenn wir das schon früher in großem Stil gemacht hätten und es nicht dem Markt überlassen hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Weiteres. Wir sprechen hier über den Mobilfunkstandard 4G. 5G brauchen wir für autonomes Fahren und für das Internet der Dinge. Im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beharren wir Sozialdemokraten darauf, dass das Gleiche im ländlichen Raum stattfinden muss, nicht nur in den Metropolen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dennoch stimmen wir, fürsorglich wie wir sind, dem CSU-Antrag zu,

(Erwin Huber (CSU): Bravo!)

weil wir nicht so sind wie die CSUler.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich darf meine Kollegin Annette Karl zitieren: "Leider hat die Bayerische Staatsregierung die lückenhafte Mobilfunkversorgung im Freistaat zu lange dem freien Spiel der Kräfte überlassen und suggeriert jetzt im Wahljahr Aktivität." Vielleicht ist es eine Showveranstaltung.

Funklöcher haben wir nicht nur im ländlichen Raum, sondern es gibt Stellen mitten in München, wo man keinen Mobilfunkanschluss hat und wo es Funklöcher gibt. Wir müssen nicht nur die ICE-Strecken ins Auge nehmen, sondern genauso die Regionalzugstrecken. Nicht nur die Autobahnen, sondern genauso die Bundesstraßen und die Staatsstraßen müssen vom Mobilfunk besser abgedeckt werden.

Jetzt blende ich auf das Jahr 2016 zurück. Wir haben nämlich zwei Jahre verloren. Damals haben wir den Antrag vorgelegt:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein neues Förderprogramm aufzulegen, welches die Wirtschaftlichkeitslücke beim Ausbau und beim Betrieb einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung beseitigt. Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, dass die Gebiete mit einer Mobilfunkabdeckung versorgt werden, die aufgrund der verpflichtenden Netzabdeckung von 97 % nicht ausgebaut werden oder bei denen aufgrund einer zu geringen Endkundenzahl oder schwieriger Topografie ein Ausbau nicht attraktiv ist.

Es geht unter anderem um die Notrufe in ländlichen Räumen, die man schnell per Handy absetzen können muss.

Lieber Sandro Kirchner, stehe nicht auf, sondern höre zu. Du hast damals argumentiert:

Ein Förderprogramm für ein flächendeckendes Mobilfunknetz ähnlich der Breitbandinitiative werde von der CSU nicht unterstützt. Zunächst seien andere, für die Steuerzahler neutrale Möglichkeiten auszuschöpfen. Der vorliegende Antrag werde abgelehnt.

Da frage ich mich: Vor eineinhalb Jahren wurde das abgelehnt, und jetzt wird es gefordert. Ihr kommt immer wieder einmal zur Vernunft, aber zu spät. Das ist das Zentrale.

(Beifall bei der SPD)

Ihr fallt damit auch Ilse Aigner, die vorher, denke ich einmal, schon die Ambition hatte, es schneller zu machen, in den Rücken. Das ist alles andere als fürsorglich eurer Ministerin gegenüber. Wenn ihr jetzt einen letzten Rest an Glaubwürdigkeit wiedergewinnen wollt, rege ich an, bei den Nachtragshaushaltsberatungen unserem Antrag zur Initiative Mobilfunk bei Kapitel 07 04 Titel 883 73 zuzustimmen, nämlich dass die bestehende Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2020 in Höhe von 20 Millionen Euro zumindest zur Hälfte scharf gestellt wird und heuer bereits 10 Millionen Euro fäl-

lig sind und investiert werden. Dann wird aus der Show wirklich eine glaubwürdige Geschichte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Antrag der FREIEN WÄHLER unterstützen wir, fürsorglich wie wir sind, weil wir der Auffassung sind: Das ist keine Aufgabe der Kommunen. Sie haben auf die Freiwilligkeit abgestellt, und wenn man schon großzügig mit dem Füllhorn ist, kann man aus 80 % auch 100 % machen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Überall mobil telefonieren zu können und mobile Internetdienste mittels Smartphone zu nutzen, ist in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit, aber mitnichten an jedem Ort möglich.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Nicht in Bayern!)

– Nicht in Bayern, nicht im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während die Versorgung in den Städten meistens hervorragend ist, obwohl es dort auch Versorgungsprobleme gibt – keine Lücken, sondern eher Netzüberlastungen –, ist die Versorgung im ländlichen Raum nicht gegeben, weil große Lücken existieren. Hier besteht auf jeden Fall politischer Handlungsbedarf.

Wir sollten uns aber die Zeit nehmen und eine Ursachenanalyse betreiben: Warum haben wir denn diesen politischen Handlungsbedarf? – Bei der Frequenzversteigerung haben die damalige Bundesregierung und insbesondere der damalige Digitalisierungsminister Dobrindt zuletzt bei der Digitalen Dividende II zu sehr auf hohe Einnah-

men geschielt und dabei versäumt, den Netzbetreibern Vorgaben bezüglich der Versorgung des ländlichen Raums ins Lastenheft zu schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher ist nicht verwunderlich, dass die Netzbetreiber die hohen Investitionen für Mobilfunkmasten irgendwo in der freien Landschaft sowie die notwendigen Investitionen in Stromversorgung und Glasfaserausbau gern unterlassen. Diese schlechte Mobilfunkversorgung im Land ist ein Musterbeispiel für staatlich organisiertes Marktversagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich bin ich Ihnen dankbar dafür, dass Sie die Mobilfunkbetreiber nachträglich in die Pflicht nehmen, um ihnen einen höheren Versorgungsgrad abzurufen. Das müssen wir insbesondere im Hinblick auf den Ausbau des Standards 5G ganz dringend beachten, damit wir eine flächendeckende Versorgung haben und die Netzabdeckung nicht nur ein paar Prozent beträgt. Gerade für das autonome Fahren brauchen wir eine flächendeckende Versorgung auch im ländlichen Raum.

Wie Kollege Glauber bin ich der Überzeugung, dass wir das Thema des nationalen Roamings noch weiter diskutieren müssen. Wir haben die Abwehrreaktionen der Mobilfunkbetreiber beim Auslands-Roaming gehabt. Dagegen haben sie sich auch mit Händen und Füßen gewehrt.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Es hieß, das sei zu teuer, das gehe nicht, das ruiniere den Wettbewerb. – Das ist mitnichten der Fall.

Volkswirtschaftlich absurd ist, wenn man für die Netzabdeckung im ländlichen Raum enorm hohe Kosten hat, denen relativ wenige Einnahmen gegenüberstehen, man dann verlangt, dass die drei Netzbetreiber das dreifache Investment tätigen und den

ländlichen Raum quasi dreimal erschließen müssen. Wo findet dann der Wettbewerb statt?

Wenn wir ehrlich sind, können wir sagen: Mit der Telekom haben wir einigermaßen eine Netzabdeckung im ländlichen Raum. O₂ sagt: Die Kunden sind sowieso schon bei der Telekom. – Deshalb sind die Kunden von O₂ am schlechtesten versorgt; denn es heißt, im ländlichen Raum bekommt O₂ sowieso keine Kunden, weshalb man dort auch nicht investiert. – Ich glaube nicht, dass das den Wettbewerb gefährden würde. Das wäre volkswirtschaftlich ein großer Gewinn. Auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht wäre es für die Unternehmen ein Gewinn, wenn die vorhandene Infrastruktur gemeinsam genutzt würde. Beim Festnetz haben wir das auch. Im Netz der Telekom funktioniert der Wettbewerb doch auch. Daher glaube ich, dass es sich um eine faule Ausrede handelt. Nationales Roaming müssen wir weiterbetreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Auch den Mobilfunkbetreibern anzubieten, den staatlichen Digitalfunk BOS mitzubenutzen, halte ich für eine einfache und pragmatische Lösung. Das ist für mich überhaupt kein Problem.

Das von der Staatsregierung ausgedachte Förderprogramm überzeugt mich nicht; denn ich bin der Überzeugung, dass es nicht Aufgabe der Kommunen ist, sich für den Mobilfunkausbau einzusetzen und diesen zu organisieren. Da bin ich nicht nur bei den Kosten, sondern mein Blick liegt auch auf der Arbeit und den Aufgaben. Ich finde: Sie lenken damit von Ihrem eigenen staatlichen Versagen ab. Deswegen werden wir den Antrag der CSU nicht unterstützen. Wir stimmen aber dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu.

Ich frage mich, warum der Dringlichkeitsantrag gerade heute eingebracht und diskutiert wird, nachdem Sie das Förderprogramm im Kabinett vor 14 Tagen vorgestellt haben. Nachdem es auch im Entwurf für den Nachtragshaushalt enthalten ist, frage

ich mich, warum es jetzt dieses Schaufensterantrags bedarf. Ich habe den Eindruck, dass Sie mit dieser Schnapsidee, die Verantwortung auf die Kommunen zu übertragen, draußen nicht auf Begeisterung stoßen

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Absolut!)

und jetzt dieses Förderprogramm wie Sauerbier anbieten müssen

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Absolut!)

und deswegen hier die Plattform eines Dringlichkeitsantrags brauchen, um dafür noch einmal zu werben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Gehring (GRÜNE): Ablenkung!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sind Sie schon fertig?

Markus Ganterer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bin fertig und warte auf den Kollegen Huber.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Huber.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, ich wollte Sie nicht irritieren und Sie nicht dazu bringen, Ihre Rede gleich zu stoppen, wenn ich mich melde.

Wenn die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN heute nicht zustimmen, heißt das: Sie tun nichts.

(Lachen des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Das Jammern über national Roaming und darüber, dass die Auktion vor vielen Jahren nur 97 % Abdeckung ergeben hat, ändert an der Tatsache nichts, dass es bei den Löchern bleibt, und zwar über viele Jahre hinweg. 5G wird vielleicht in wenigen Jahren

ausgeschrieben und 2025 oder später kommen. Dabei muss es nicht zuletzt wegen des autonomen Fahrens eine flächendeckende Abdeckung geben.

Aber es geht doch darum, die Zeit von 2018 bis 2025 zu überbrücken. Die Staatsregierung hat dafür ein Programm vorgestellt. Wir unterstützen dieses Programm. Das muss man nicht tun, wenn man in der Opposition ist, aber wir werden überall im Lande sagen: Wer heute dagegen ist, dokumentiert, dass er die Löcher in den nächsten Jahren hinnimmt und nichts tut. Das ist typisch FREIE WÄHLER und GRÜNE.

(Beifall bei der CSU)

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Darauf möchte ich kurz erwidern. Herr Kollege Huber, Sie haben mir zugehört und müssen zugeben, dass ich zwei Punkte ausdrücklich positiv herausgestellt habe, nämlich dass man erstens die Mobilfunkbetreiber stärker in die Pflicht nimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Sie haben doch selbst gesagt, dass über 1.000 Masten kämen, was eine deutliche Verbesserung darstelle. Das haben wir nicht in Abrede gestellt. Wir haben auch nicht in Abrede gestellt, dass es eine gute, einfache und pragmatische Lösung ist, den staatlichen Digitalfunk einzubeziehen. Deswegen werden wir den Antrag der CSU nicht ablehnen, sondern wir werden uns enthalten. Aber ich finde es grundsätzlich falsch, jetzt vom eigenen Versagen abzulenken und die Verantwortung auf die Kommunen abzuwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das geht mit uns auf keinen Fall. Ich kann nicht für die FREIEN WÄHLER sprechen; dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir aber zu. Sie sagen auch nicht, dass Sie gegen ein Förderprogramm sind. Sie sagen aber, dass das keine Aufgabe der Kommunen ist. Das werden wir Ihnen auch ganz deutlich mitteilen. Ich bin der Überzeugung, dass wir bei den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik auf ganz

großes Verständnis und auf hohe Zustimmung sowie Unterstützung für unsere Position stoßen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Ganserer, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung, diesmal vom Kollegen Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Ganserer, könnten Sie bitte dem Kollegen Erwin Huber erklären,

(Lachen des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

dass er früher als Wirtschaftsminister in der Verantwortung für den Breitbandausbau in Bayern und in Deutschland auf den Markt vertraut hat, und ihn fragen, wie weit wir mit diesem Markt gekommen sind und wie viele Jahre oder Jahrzehnte später der Breitbandausbau nach Bayern gekommen ist? Würden Sie ihm auch erklären, dass eine hundertprozentige Finanzierung durch den Freistaat sofort Mobilfunk für die Bürger im ländlichen Raum bedeuten würde? Es geht nicht darum, immer nur zu hoffen, dass andere etwas tun, sondern es gilt, Eigeninitiative zu ergreifen und den ländlichen Raum zu versorgen.

Ich werde überall erzählen, dass für die weißen Flecken die CSU verantwortlich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Danke, Herr Kollege Glauber. Ich greife das Beispiel der Frequenzversteigerung und der Digitalen Dividende gern auf. Dabei handelt es sich im Prinzip um ein doppeltes staatlich organisiertes Marktversagen. Zum einen haben wir es bei der Versteigerung der Lizenzen unterlassen, für eine entsprechende Abdeckung im ländlichen Raum zu sorgen, und zum anderen wollten wir eigentlich mit diesen Erlösen den Glasfaserausbau bzw. den Breitbandausbau vorantreiben. Aber dabei ist Bayern – sogar ganz Deutschland – im

Vergleich mit anderen europäischen Ländern immer noch Entwicklungsland. Auch dabei überlässt man die Sache zu sehr dem Markt, statt klare Vorgaben zu machen und zu sagen: Wir wollen den Glasfaserausbau bis in die Häuser hinein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Kollege Huber, Ihr Bild von der Dame am Straßenrand ist nicht richtig. Sie sehen zwar, dass sie in Nöten ist, suchen aber irgendwelche Bürgermeister, die in der Lage sind, der Dame aus dem Dilemma herauszuhelfen, anstatt das selber in die Hand zu nehmen. Genau das ist das Problem bei dieser Konstellation und diesem Förderprogramm.

Richtig ist die Analyse, dass die weißen Flecken dringend verschwinden müssen, in erster Linie für alle, die auf der Straße unterwegs sind und dort arbeiten müssen. Reden Sie doch mal mit Handwerkern, die irgendwo auf Baustellen unterwegs sind und dort die notwendigen Verbindungen nicht zustande bringen. All das macht deutlich, dass wir möglichst zügig zu Lösungen kommen müssen.

Was ist denn das für eine Lösung, wenn Sie jetzt die flächendeckende Erschließung des Netzes auf insgesamt 2.000 Verantwortliche verteilen und erwarten, dass das zügig geht? Wenn es Ihnen ernst wäre mit einer schnellen Erledigung dieser Aufgabe, müssten Sie das anders anpacken. Dann müsste der Staat das selbst in die Hand nehmen und die Gemeinden bei der Suche in ihrem jeweiligen Gemeindegebiet um Unterstützung bitten. Wenn die Unterstützung ausbleibt, macht man es notfalls auch ohne. Man kann sich jedoch nicht darauf verlassen, dass 2.000 Gemeinden das Netz in gleicher Schnelligkeit schließen.

Wenn man in die Begründung Ihres Antrags hineinschaut, dann erkennt man, dass Sie die besten Argumente selbst liefern. So verweisen Sie darauf, dass entlang der meis-

ten Straßen und Bahnstrecken die Netze Lücken haben. Da sollen in dem einen Fall 16 Gemeinden entlang einer Regionaltrasse und in einem anderen Fall 14 Gemeinden entlang einer Staatsstraße koordiniert die Lücken schließen. Das ist doch der Webfehler des Systems. Man hätte erwarten dürfen und müssen, dass Sie nach den Erfahrungen aus dem Breitbandausbau andere Schlüsse ziehen. Wir haben Ihnen die Vorbilder schon im Zusammenhang mit der Breitbanddebatte genannt: Oberösterreich und andere nehmen die Sache staatlicherseits im Wesentlichen selbst in die Hand.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Dann müssen wir den 2.000 Gemeinden auch nicht erklären, was es mit den 97 % und den 3 % auf sich hat. Wir aber wissen das und können das entsprechend selbst steuern und koordinieren. Dem Förderprogramm der CSU kann man in dieser Form jedenfalls nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt folgt der Kollege Runge mit einer Zwischenbemerkung.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Würden Sie bitte Herrn Glauber übermitteln, dass Herr Huber zu seiner Zeit als zuständiger Minister auf Anträge zur Förderung von Breitband nicht nur gesagt hat, das sei keine öffentliche Aufgabe, sondern es gebe darüber hinaus auch gar keinen Bedarf – und das zu einem Zeitpunkt, als sich andere Bundesländer ihre Programme schon längst haben notifizieren lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN, Abgeordneten der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Alexander Muthmann (fraktionslos): Herr Kollege Runge, es amüsiert mich jedes Mal aufs Neue, dass für die CSU immer wieder der ehemalige Wirtschaftsminister Erwin Huber in die Bütt geht, um uns zu erklären, wie man solche Infrastrukturaufgaben kraftvoll staatlich steuert und lenkt. Das ist ihm schon früher nicht gelungen, und auch heute hatte er wieder nicht recht. Das weiß auch der Herr Kollege Glauber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als Nächste bitte ich Frau Staatsministerin Aigner zum Rednerpult.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs noch eine grundsätzliche Anmerkung zum Markt machen. Das sei mir schon noch erlaubt zu sagen, dass der Markt nicht etwas ganz Falsches ist. Denken Sie an die Telekommunikation insgesamt und erinnern sich zurück an die Zeiten, in denen die Telekom genau ein Modell zum Telefonieren im Angebot hatte. Ich weiß nicht, ob das jemals überwunden worden wäre, wenn wir da nicht ein bisschen mehr Schwung ins Geschäft gebracht hätten. Heutzutage hat bei der Telefonie jeder die verschiedensten Modelle zur Auswahl. Insofern würde ich den Markt nicht grundsätzlich als etwas Negatives sehen, und als Wirtschaftsministerin schon mal überhaupt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Im Zusammenhang mit diesem Thema sehe ich Redebedarf dahin gehend – lieber Bernhard Roos, das geschieht gerade auch bei den Sondierungsverhandlungen mit unseren potenziellen künftigen Kollegen –, wie wir neue Ausschreibungen so gestalten, dass die Flächendeckung automatisch gewährleistet wird.

Ja, es ist richtig: Man hat sich damals auf die Zahl von 97 % aller Haushalte geeinigt. Für meine Begriffe ist klar – und auch darauf haben wir uns geeinigt –, dass die Fläche die Grundlage sein muss. Es ist egal, ob das nun 97 % oder 98 % sind; wichtig ist, dass die Fläche das Entscheidende ist. Das ist insbesondere für ein Flächenland relevant. Das betrifft übrigens nicht nur Bayern, sondern dieses Problem gibt es in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Da gibt es noch ganz andere weiße Flecken. Insofern ist es richtig, dass wir hier in Zukunft bei den Ausschreibungen für das viel beschriebene 5G-Netz noch etwas tun müssen.

Damit komme ich zum Thema Roaming. Wenn man von allen Betreibern eine Flächendeckung verlangt, dann erledigt sich das Problem des Roamings automatisch; denn dann hat nämlich jeder diese Flächendeckung zu gewährleisten. In dem Moment benötigt man im Grunde kein Roaming mehr, weil sich die Anbieter gegenseitig abstimmen können, ob sie gemeinsam einen Masten aufstellen wollen oder wie auch immer. Dann ist das Thema vom Tisch.

Nun stellt sich die Frage: Was macht man mit dem jetzigen Vertrag? Wir können noch drei Stunden darüber diskutieren, warum das so ist oder nicht. Die Verträge sind in der Welt. Es wurde ausgeschrieben, und daraus sind Erlöse erzielt worden – übrigens nicht zu knapp –, die auch dazu genutzt werden, das Breitband in Bayern auszubauen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir versuchen, die noch vorhandenen weißen Flecken so schnell wie möglich von der Landkarte verschwinden zu lassen. Das muss doch unser gemeinsamer Ansatz sein. Darüber sollte bei allen Parteien Konsens bestehen. Jetzt geht es nur noch um die Frage des Weges.

Ich bedanke mich dafür, dass ich von verschiedenen Seiten dafür gelobt worden bin, dass wir mit den Mobilfunkbetreibern noch einmal nachverhandelt haben, was zur Folge hatte, dass sie gerade in Bayern mehr machen als in anderen Bundesländern. Insbesondere ein Anbieter, nämlich die Telekom – das darf ich, glaube ich, sagen – macht deutlich mehr; man könnte es fast ein Bayernprogramm nennen: In Bayern werden nämlich 1.100 neue Masten aufgestellt. Das ist mehr als das, wozu die Telekom eigentlich verpflichtet wäre.

Das ist doch schon mal ein Wort. Dass sich daraufhin auch die beiden anderen Betreiber committed haben, entsprechende Masten aufzustellen, finde ich ebenfalls gut. Das nützt den Bürgern, und das nützt den Menschen in den ländlichen Regionen. Dafür habe ich mich eingesetzt. Das war gut so, und das war auch richtig so. Dabei habe ich die Unterstützung von allen hier im Hause gespürt. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Wir werden aber noch ein Weiteres machen. Selbstverständlich werden wir die BOS-Masten nutzen. Ich bedanke mich beim Innenministerium, dass wir bessere Verträge abschließen können und dadurch das Ganze attraktiver wird. Es bleibt aber dabei: Selbst wenn man alle Masten nutzen könnte, was funktechnisch gar nicht möglich ist – da will ich gar nicht in die Tiefe gehen –, blieben immer noch weiße Flecken übrig. Jetzt können wir uns lange darüber unterhalten und uns gegenseitig vorwerfen, wer wann was gemacht hat. Für mich ist entscheidend, wie wir diese weißen Flecken möglichst schnell verschwinden lassen können.

Ein Modell hätte darin bestehen können, einen Zuschuss an die Betreiber zu leisten, wie das übrigens auch beim Breitbandausbau der Fall ist. So etwas ist aber nicht ganz einfach; das kann ich auch zum Kollegen Roos mit seinem Antrag – Stichwort: Wirtschaftlichkeitslücke – sagen. Es ist ein Unterschied, ob man eine Wirtschaftlichkeitslücke feststellen kann, weil man weiß: An der Leitung hängen fünf Anschlüsse, und die Leitung kostet soundso viel. Dann kann man das schnell ausrechnen. Beim Mobilfunk jedoch eine Wirtschaftlichkeitslücke auszurechnen, ist nicht so einfach. Die Angelegenheit ist auch beihilferechtlich relevant und muss daher notifiziert werden. Dann aber werden wir wahrscheinlich noch in fünf Jahren darüber diskutieren, ob das beihilferechtlich möglich ist oder nicht. Das will ich nicht.

Genau aus diesem Grund habe ich die Frage gestellt: Wie können wir vorgehen, damit das Ganze möglichst schnell europarechtlich machbar ist und wir ein beihilferechtlich neutrales Instrument hinbekommen? Das geht letztlich nur über die Gemeinden, auf gut Deutsch: Den Beton hinstellen, ein Leerrohr rein, Ende – und dann vermieten. Jeder kann dann zu gleichen Konditionen mitnutzen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das hätten wir auch selbst machen können!)

– Nein, das geht eben nicht, weil das ganz andere Dimensionen sind. Hören Sie doch einfach mal zu!

Die Kommunen sagen natürlich: Wir haben nicht die Kompetenz, wir können das funktionstechnische Gutachten usw. nicht machen. – Ja, das nehmen wir auf. Deswegen haben wir gemeinsam mit den Mobilfunkbetreibern und den Kommunen vereinbart, dass wir ihnen alle Hilfestellung geben. Letztendlich sollen sie nur sagen müssen: Ich will dahin einen Mast. Den Rest versuchen wir so zu gestalten, dass die Gemeinde nichts mehr damit zu tun hat. Ich glaube, das kann man mit praktischer Politik möglichst schnell umsetzen. Ich sehe sehr gute Chancen, dass wir das möglichst schnell auf europarechtlich notifizieren können und damit schnell ins Programm kommen.

Dann sagen Sie, es bleibt immer noch Geld übrig. Ja, das ist der Eigenanteil. Aber deswegen dürfen auch Mieten eingenommen werden. Dann muss ich sagen: Das ist doch irgendwie zumutbar. Das ist übrigens nichts Unübliches. Wie viele Programme habe alleine ich in meinem Haus, bei denen die Gemeinde selbst Geld in die Hand nimmt und auch in die Hand nehmen will! Ich sage jetzt nur ein Beispiel: Tourismus. Da zwingen wir auch niemanden, dass er touristische Infrastruktur über RÖFE aufbaut. Wir unterstützen das aber trotzdem, und es wird kofinanziert. Das ist eigentlich selbstverständlich. Wir tun alles, damit das möglichst einfach und vor allem schnell geht. Es ist mir ganz besonders wichtig, möglichst 2020 den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern sagen zu können: Wir haben mehrere weiße Flecken gerade in den ländlichen Gebieten geschlossen, damit wir in Zukunft überall in Bayern mobil telefonieren können. Das ist mein Ziel, und dafür bitte ich schlicht und ergreifend um Unterstützung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/20308 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die CSU-Fraktion, SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, der

Kollege Muthmann (fraktionslos), der Kollege Felbinger (fraktionslos) und der Kollege Dr. Runge. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen aus den Reihen der GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt rufe ich den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/20330 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER – zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Muthmann (fraktionslos), Kollege Felbinger (fraktionslos). – Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.